



Harald Neubauer

Solidarität mit der NPD!

Hierzulande mangelt es an vielem, aber nicht an Problemen. Um nur einige zu nennen: Massenarbeitslosigkeit, Staatsverschuldung, Asylmißbrauch, Sozialabbau, Bildungskatastrophe. So unterschiedlich die Mißstände auch sein mögen, ihre Verursacher sind mit absoluter Gewißheit in einer Partei nicht zu finden: in der NPD. Denn diese ist weder im Bund noch in den Ländern regierungsbeteiligt.

Weil sich das schwerlich bestreiten läßt, weichen die Schuldigen der Misere auf einen Trick aus: Sie lasten den Nationaldemokraten die Vergangenheit an – die braune. Daß die NPD erst zwei Jahrzehnte nach Kriegsende gegründet wurde, wird ebenso verdrängt wie der Altersdurchschnitt ihrer Mitglieder und Anhänger. Von den unter 30jährigen wählten in Sachsen 18 Prozent nationaldemokratisch; bei den Rentnern waren es „nur“ vier Prozent.

Wir haben es hier also mit einer außergewöhnlich jungen Partei zu tun, einer Partei, die weder mit dem Dritten Reich noch mit dem SED-Regime etwas zu tun hat und die auch nicht für die politischen Fehlentwicklungen der Bundesrepublik in Anspruch zu nehmen ist. Von daher erklärt sich die Hysterie der Machthaber. Sie sind aus Vergangenheit und Gegenwart vielfältig belastet, müssen von ihrer Verantwortung ablenken. Deshalb rufen sie: Halte den Dieb!

Eine kühle und sachliche Auseinandersetzung mit dem Programm der NPD findet nicht statt. Die Medien machen sich keine Mühe mehr, Objektivität auch nur vorzutäuschen. Es wird gehetzt und diffamiert. Man spricht über die Rechten, aber nicht mit ihnen. Das ist unfair und läßt vermuten, daß es Journalisten und Politikern der anderen Parteien an Argumenten mangelt.

Sich in dieser Situation an die Seite der Opfer zu stellen, ist ein Gebot des Anstands. Und ein Dienst an der Demokratie. Wir alle sollten ihn leisten.

(Harald Neubauer ist parteilos, Mitherausgeber der Zeitschrift „Nation & Europa“, Ex-Abgeordneter des Europäischen Parlaments)

100 Tage NPD im Sächsischen Landtag: Politik ist endlich wieder spannend!

Die NPD vertritt im Freistaat erfolgreich deutsche Interessen

Der 19. September 2004 ist noch in guter Erinnerung. An diesem Tag errang die NPD bei der Landtagswahl in Sachsen ein Sensationsergebnis von 9,2 Prozent. Erstmals seit Jahrzehnten zogen die Nationaldemokraten damit wieder in Fraktionsstärke in ein Landesparlament ein – mit zwölf Abgeordneten und auf gleicher Augenhöhe mit der SPD.

Seit dieser Wahlsensation sind nun rund hundert Tage vergangen. Zeit für eine Zwischenbilanz, die die geleistete Parlamentsarbeit dokumentiert – und zwar aus unserer Sicht, ehrlich und authentisch.

Die Wirkung, die die kleine nationaldemokratische Fraktion im Sächsischen Landtag schon jetzt entfaltet, ist beeindruckend, und das weit über den Freistaat hinaus. Denn die Altparteien sehen sich plötzlich mit der Erfahrung konfrontiert, daß sie nicht mehr unter sich sind. Mit der NPD sitzt unversehens eine politische Kraft am Tisch, die in zahlreichen zentralen Politikbereichen Fundamentalopposition leistet. Das hat es in der Bundesrepublik noch nie gegeben. Doch die bundesdeutsche Demokratie ist dadurch reicher geworden. Nach Jahrzehnten des politischen Einheitsbrei findet jetzt zumindest auf landespolitischer Ebene wieder echter Pluralismus statt – auch wenn das manchen nicht paßt.

Bereits in den ersten Wochen ihrer parlamentarischen Präsenz konnte die NPD-Fraktion eine Reihe vielbeachteter Initiativen starten, die den sächsischen Bürgerinnen und Bürgern signalisieren: Opposition ist wieder möglich. „Die da oben“ können nicht mehr weitermachen wie bisher.

Beispiel eins: der NPD-Gesetzentwurf zur Neuregelung der Abgeordneten-Diäten. Er orientiert sich im



Frischer Wind in Dresden: NPD-Fraktion im Plenarsaal des Sächsischen Landtages. In der ersten Reihe Fraktionschef Holger Apfel und Uwe Leichsenring, MdL

Gegensatz zur bisherigen Regelung an der Entwicklung des sächsischen Durchschnittseinkommens und soll verhindern, daß die Abgeordnetenlöhne immer weiter steigen, während Otto Normalverbraucher immer unverfrorener zur Kasse gebeten wird. Der NPD-Entwurf würde bedeuten, daß auch Parlamentarier nur dann gut verdienen, wenn es dem Land gut geht. Der Entwurf wurde vom sächsischen Altparteienkartell – natürlich – glatt niedergebügelt.

Intelligente Sachpolitik

Beispiel zwei: der NPD-Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses in Sachen Sächsische Landesbank. Ein Tochterunternehmen der Sachsen LB war in den letzten Monaten immer wieder wegen des Verdachts der Mißwirtschaft in die Schlagzeilen geraten – fatal für den Finanzplatz Sachsen und sein Ansehen. Auch in diesem Punkt wollen die Nationaldemokraten im Landtag klare Verhältnisse. Die Altparteien leider nicht. Sie lehnten die Einsetzung des von der NPD ge-

forderten Untersuchungsausschusses quer über alle Parteigrenzen ab.

Beispiel drei: die Große Anfrage der NPD zur Föderalismusreform. Leider erfuhr die Öffentlichkeit auch darüber von den Massenmedien so gut wie gar nichts. Dabei handelt es sich hier um eine Frage von enormer politischer Sprengkraft. Ginge es nämlich nach den etablierten Parteien, die seit über einem Jahr in der sogenannten „Föderalismuskommission“ über eine Neuordnung der Bund-Länder Kompetenzen berieten, soll der Bund künftig eine Reihe von Kompetenzen an die Brüsseler EU-Bürokratie abtreten, während die Länder gleichzeitig zu Vollzugsorganen des EU-Molochs degradiert würden.

Das Skandalöse dabei: die Altparteien sind sich über diesen Kurs, der auf eine glatte Abschaffung der Bundesrepublik hinausläuft, vollkommen einig. Meinungsverschiedenheiten bestehen nur noch in einigen nebensächlichen Detailfragen. Von allen im Sächsischen Landtag vertretenen Parteien lehnt nur die NPD die Föderalismus-Pläne der Etablierten

rundweg ab. Die Fraktion richtete deshalb eine Große Anfrage an die Staatsregierung, in der sie Auskunft darüber verlangte, was das CDU/SPD-Kartell eigentlich mit dem Freistaat vorhat. Der Wähler, denken wir Nationaldemokraten, soll zumindest wissen, was die Altparteien mit ihm vorhaben.

Auch im patriotischen Lager konnte die NPD dank ihrer parlamentarischen Präsenz mittlerweile ihren Führungsanspruch erfolgreich dokumentieren. Eine beeindruckende Demonstration der nationalen Einheit war zweifellos der Neujahrsempfang der NPD im Sächsischen Landtag, zu dem sich weit über 200 Gäste einfanden, darunter auch Vertreter von DVU, DSU und REPs.

Und der Zulauf hält an. Ein vielversprechendes Signal ging von der gemeinsamen Erklärung aus, die der NPD-Vorsitzende Udo Voigt und DVU-Chef Dr. Gerhard Frey über die künftige Teilnahme an Wahlen abgaben. Wenn nicht alles täuscht, sind die Zeiten der Zersplitterung im rechten Lager endgültig vorbei. Den Nutzen hat Deutschland. Es wurde höchste Zeit.

Demokratische Werte?

Medien und Etablierte lassen die Maske fallen

Medien und etablierte Politiker mahnen im Umgang mit der NPD zwar oft demokratische Werte an, orientieren sich selbst aber nur in Ausnahmefällen daran. Zwei entlarvende Beispiele für das journalistische Niveau in der Auseinandersetzung mit der NPD lieferten jüngst die BILD-Zeitung und der schleswig-holsteinische CDU-Spitzenkandidat zur Landtagswahl, Peter Harry Carstensen.

Carstensen wurde von den „Kieler Nachrichten“ (Ausgabe vom 31.01.2005) mit den Worten zitiert:

„Die Rechten sind wie Mäden, die im faulen Fleisch der Gesellschaft wachsen.“

Und in der „Bild“ äußerte sich Kolumnist Franz Josef Wagner nach der Parlamentsdebatte über den „Bomben-Holocaust“ mit folgender verbaler Entgegnung:

„Braunes Dresdner Abgeordnetenpack – am liebsten hätte ich Euch mit einem Baseballschläger bei der nächsten Fraktionssitzung besucht – als Ihr den Plenarsaal bei der Schweigeminute zum Gedenken an die NS-Opfer verlassen habt. (...) Als mein Zorn verrauchte, dachte ich, daß es lehrreich ist, Euch Arschlöcher zu haben. (...) Ihr seid ein lebender Geschichtsbericht für Menschen, die ein Gehirn haben wie Eintagsfliegen. Das Wichtigste an Euch ist, daß man das Verachten lernen kann.“

Die NPD reagierte prompt. Sie sieht im Exzess des BILD-Mannes eine Selbstentlarvung der etablierten Meinungsmacher und gab Wagners Kolumne unverzüglich in den großen Verteiler: „als Anschauungsunterricht in Sachen Mediendemokratie. Kommentar überflüssig.“

Wenn Sie nähere Informationen über die Arbeit der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag haben wollen, besuchen Sie bitte die Internetseite www.npd-fraktion-sachsen.de.

Der „Skandal“ um den 13. Februar

NPD im Sächsischen Landtag durchkreuzt bundesdeutsche Gedenkrituale

Es ist unglaublich! rief der sächsische Landtagspräsident am Ende der Rede des NPD-Abgeordneten Jürgen Gansel. Was führte zu diesen emotionalen Ausbrüchen des sonst eher zurückhaltend auftretenden CDU-Politikers? Die NPD-Landtagsfraktion hatte für die Sitzung am 21. Januar 2005 eine Aktuelle Debatte zum Thema „60. Jahrestag des anglo-amerikanischen Terrorangriffs auf Dresden“ beantragt.

Insbesondere die Haltung der Staatsregierung

und des Landtages sollte näher beleuchtet werden. Ängstlich wachen die Vertreter der Altparteien seit Jahren darüber, daß das Gedenken auf die Stadt Dresden beschränkt bleibt und keinen zu großen Rahmen, etwa durch eine Beteiligung der Landtage, erhält.

Diese Richtung der Debatte paßte dem „Blockparteienkartell“, wie es die NPD-Redner bezeichneten,

nicht, und so beschloß man kurzfristig, zu Beginn der



Prominentes Gedenken

Sitzung eine Gedenkminute für die Opfer des Nationalsozialismus einzulegen.

Die NPD-Fraktion war jedoch, wie häufig im Sächsischen Landtag, auch diesmal schneller und hatte am Vorabend der Sitzung noch selbst einen Antrag auf eine Gedenkminute für die Opfer des anglo-amerikanischen Terroran-

griffs auf Dresden eingebracht.

Offenbar aus Verärgerung darüber mißbrauchte dann der CDU-Abgeordnete Erich Iltgen sein Amt als Landtagspräsident, indem er vor Eintritt in die Tagesordnung selbst zu einer Gedenkminute aufrief, um so den NPD-Antrag zu kippen. In dieser Situation mußten die sächsischen NPD-Abgeordneten handeln und entschlossen sich zu einem kurzen Auszug aus dem Plenarsaal. Fortsetzung auf Seite 2

Der „Skandal“ um den 13. Februar

Fortsetzung von Seite 1

In der anschließenden Aktuellen Debatte kritisierte der NPD-Fraktionsvorsitzende Holger Apfel die einseitige Fixierung der etablierten Politik auf die nichtdeutschen Opfer, hingegen bleibe „für die Opfer des alliierten Bombenterrors (...) im dicht gefüllten Terminkalender der Sühnekultur in Deutschland kein Platz mehr übrig“.

Ebenso griff der NPD-Politiker das ständige Herunterrechnen der Opferzahlen von Dresden an, während bei anderen Opfergruppen die Zahlen nicht angezweifelt werden dürften. „Ist es nicht absurd“, so Apfel, „daß ausgerechnet jene an Zahlen herummanipulieren, die sonst bei jeder Gelegenheit Menschen vor Strafgerichte des BRD-Gesinnungsstaates zerren, weil sie jüdische Opferzahlen in Frage stellen?“

Ausdrücklich betonte der NPD-Fraktionsvorsitzende, daß die NPD das Gedenken an den 13. Februar nicht für sich pachten wolle, und begrüßte es, daß die Junge Landsmannschaft Ostpreußen die Schirmherrschaft über ihren traditionellen Trauermarsch in diesem Jahr ursprünglich auch dem sächsischen Ministerpräsidenten Georg Milbradt und dem CDU-Fraktionsvorsitzenden Fritz Hähle angetragen hatte, was diese freilich ablehnten.

Apfel kündigte an, daß die NPD die Errichtung einer Landesstiftung für die zivilen Opfer des Bombardements im Rahmen eines Dokumentationsarchivs beantragen werde, und stellte am Ende seiner Rede den alliierten Luftterror in einen aktuellen Zusammenhang: „Von Dresden über Korea, Vietnam und Bagdad zieht sich eine Spur, die Sie auch mit noch soviel Niedertracht nicht den Deutschen in die Schuhe schieben können. Die gleichen Massenmörder, die am 13. Februar Dresden ausgelöscht haben, sind heute drauf und dran, neue Kriege vom Zaun zu brechen.“

„Sächsische Blockparteien“

Auch das gefiel dem CDU-Landtagspräsidenten gar nicht, und er forderte den NPD-Fraktionschef zur Mäßigung auf. Wenige Sekunden später bemerkte der Präsident, daß die Redezeit abgelaufen sei, und stellte das Mikrofon ab. Im Anschluß versuchte der 71-jährige Alterspräsident Prof. Cornelius Weiss, der zugleich Fraktionschef der

SPD im Sächsischen Landtag ist, mit brüchiger Stimme eine Entgegnung.

Dafür erhielt er zwar viel demonstrativen Applaus von seiten der anderen Parteien, die sich daraufhin aber vom Abgeordneten Jürgen Gansel als „sächsische Blockparteien“ bezeichnen lassen mußten. Daraufhin verließen PDS und Grüne sowie einige Abgeordnete der SPD und der CDU den Plenarsaal. Gansel rief ihnen nach:

„Flüchten Sie vor der Wirklichkeit, flüchten Sie vor der historischen Realität – die Menschen in diesem Land werden das zur Kenntnis nehmen!“

„Singuläres Verbrechen“

Im Anschluß ergriff noch einmal Fraktionschef Holger Apfel das Wort und bezeichnete es als angenehm, daß durch den Auszug der selbsternannten Demokraten „der prozentuale Anteil aller anständigen Deutschen (...) im Landtag in dieser Stunde doch erheblich gestiegen ist“. Apfel würdigte in seiner Rede den renommierten britischen Historiker David Irving, der bereits 1963 in seinem Buch „Der Untergang Dresdens“ das Singuläre des Angriffs vom 13. Februar 1945 unterstrichen habe.

Die Reaktionen inner- und außerhalb des Plenarsaals am Elbufer waren heftig. Der Ruf nach dem Staatsanwalt ließ auch in diesem Fall nicht lange auf sich warten. CDU-Fraktionschef Hähle: „Die NPD hat die Maske fallen lassen. Dahinter trat ihre nationalsozialistische Gesinnung offen zu Tage. Es ist nun an der Staatsanwaltschaft, gegebenenfalls den Vorwurf der Volksverhetzung zu prüfen.“

Das Thema beherrschte daraufhin einige Tage lang die Medienberichterstattung. Zu schön war der Gedanke, die NPD einfach per Verbot mundtot zu machen. Aber selbst in etablierten Politikergewirnen setzte sich schon nach wenigen Tagen die Einsicht durch, daß ein neues Verbotverfahren kaum Chancen haben würde. Einer der Initiatoren des gecheiterten Verfahrens, der bayerische Innenminister Günter Beckstein, bezeichnete ein erneutes Verbotverfahren gar als „völlig aussichtslos“.

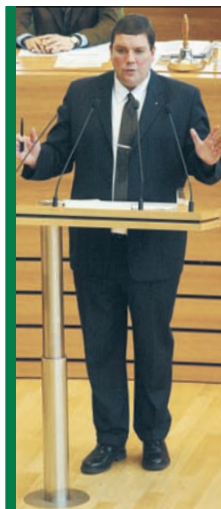
(Alle Redetexte sind im Internet unter www.npd-fraktion-sachsen.de abrufbar. Zum „Skandal“ um die Diskussion aus Anlaß der Zerstörung Dresdens vor 60 Jahren liegt auch eine Informationsbroschüre mit Redetexten vor. Sie kann bei der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag kostenlos angefordert werden.)

NPD-Fraktion fordert Untersuchungsausschuß:

Allein gegen die Mafia

Altparteien setzen auf Vertuschung im SachsenLB-Skandal

Die Führung des wichtigsten Kreditinstitutes im Freistaat, der Sächsischen Landesbank (SachsenLB), ist in ganz Deutschland in Verfall geraten. Da agiert ein Vorstandsvorsitzender, der seine Lebensgefährtin zur Personalchefin macht und ihr dann die üppig vergütete Leitung einer Konzerntochter anvertraut. Doch damit nicht genug. In dem Leipziger Haus agiert ein Vorstandsmitglied, das einst einen dubiosen Detektiv beauftragt hat, einen ehemaligen Vorstandskollegen und dessen Stab zu bespitzeln.



Uwe Leichsenring: „Gigantischer Skandal im Verzug“

Anfang Februar bekam die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag nun Informationen darüber, daß die Landesbank Risiken aus sogenannten „notleidenden“ Krediten für Immobilien in dreistelliger Millionenhöhe in ihre Minderheitentochter Real Immobilien GmbH ausgelagert und damit ihre Bilanz verwässert hatte, um dafür im Gegenzug dem zweiten bedeutenden Minderheitenaktionär, der Tegernsee-Immobilien- und Beteiligungs-AG (TAG), zu erlauben, ihrerseits notleidende Kredite in der Real Immobilien GmbH zu „entsorgen“.

Die NPD-Fraktion brachte sofort einen Dringlichen Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses ein. Es besteht der Verdacht, daß die Real Immobilien GmbH von Anfang an nur zur Auslagerung fragwürdiger Kredite gegründet wurde, um Finanzierungsrisiken zu verschleiern und das Jahresergebnis der beiden wichtigsten Anteilseigner nicht zu belasten.

Der von der NPD beantragte Untersuchungsausschuß soll die politische Verantwortung für die Mißstände klären. Dem Verwaltungsrat der Landesbank ge-

hören bzw. gehörten nämlich wichtige Mitglieder der Sächsischen Staatsregierung an, darunter der heutige Ministerpräsident und ehemalige Finanzminister Georg Milbradt, der heutige Innen- und ehemalige Finanzminister Thomas de Maizière und der heutige Finanzminister Horst Metz. Alle drei müßten eigentlich Kenntnis von den skandalösen Bilanzierungs- und Schuldenauslagerungspraktiken bei der Landesbank haben.

Vertuschung beenden

Uwe Leichsenring, finanzpolitischer Sprecher der NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag, erklärte zu dem Dringlichen Antrag seiner Fraktion: „Die angewandten Geschäfts- und Bi-

lanzierungspraktiken erin- nern in fataler Weise an katastrophale Bank- und Unternehmensinsolvenzen der Vergangenheit wie den Zusammenbruch der Berliner Landesbank oder des US-amerikanischen Energie- riesen Enron. Auch der Fall ‚Sächsische Landesbank‘ könnte ähnlich gigantische Dimensionen annehmen.

Nach internen Informationen beläuft sich die Höhe des kritischen, noch nicht oder nur teilweise wertberichtigten Engagements auf zirka eine Milliarde Euro. Aufklärung ist dringend geboten, damit der Wirtschaftsstandort und Finanzplatz Sachsen nicht noch weiteren Schaden nimmt.“

Schon einen Monat zuvor hatte die NPD-Fraktion einen ersten Antrag auf Einsetzung eines Untersuchungsausschusses wegen Unregelmäßigkeiten bei einer anderen Landesbanktochter, der Mitteldeutschen Leasing AG (MDL), gefordert. Dieser Antrag hatte in der Presse breite Anerkennung gefunden, wurde aber von den anderen im Landtag vertretenen Fraktionen abgelehnt. Daraufhin ver- dächtigte die sächsische Ausgabe der „Bild“-Zeitung die anderen Fraktionen, die Skandal-Banker wissentlich zu decken.

Leichsenring dazu: „Durch undemokratische Ausgrenzungsmechanismen läßt sich meine Fraktion nicht beirren. Wir werden auch weiterhin unser Wahlversprechen einlösen, die Mäuschelchen der anderen konsequent aufzudecken. Mit der NPD im Landtag hat das Kartell des Schweigens in Bezug auf die Landesbank ein Ende!“

(Die NPD-Fraktion hat auf ihrer Internetseite www.npd-fraktion-sachsen.de eine Sondersseite zu den Affären um die Sächsische Landesbank eingerichtet.)

Mehr Transparenz

Mit zahlreichen Kleinen Anfragen haben die 12 NPD-Abgeordneten im Sächsischen Landtag in den letzten Monaten für mehr Transparenz gesorgt. Die Parlamentarier erkundigten sich bei der Staatsregierung in ihren beantwortungspflichtigen Fragen unter anderem nach

- dem Handel mit illegalen Drogen in Sachsen,
- der Drogenprävention an den Schulen im Freistaat Sachsen,
- einem Rauchverbot an den allgemeinbildenden Schulen des Freistaates,
- der Regelung der Alar- mierung bei Katastrophenfällen in Sachsen,
- dem Stand der Planun- gen der Staatsregie- rung in Sachen „Open Source Software“ (OSS) für die Landesverwal- tung,
- dem Schulsport in Sachsen,
- einem Zusammenhang von Krebserkrankun- gen und Uranab- bau durch die SDAG Wismut,
- den Nebeneinkünften von Mitgliedern der sächsischen Staatsregie- rungen,
- der medizinischen Betre- uung in den sächsi- schen Justizvollzugsan- stalten
- landwirtschaftlichen Nutzflächen in Sachsen,
- der Möglichkeit, Begrü- sungsgeld für Neugebo- rene durch die Kommu- nen auszahlend.



„Für eine Heimkehr in Würde“

NPD-Fraktion fordert Abschaffung des sogenannten „Ausländerbeauftragten“

Einen markanten Akzent konnte die NPD-Fraktion mit der Aufstel- lung eines Kandi- daten für das Amt des „Rückkehrbeauftragten“ setzen. Hintergrund ist die Neuwahl des sächsischen Ausländerbeauftragten – eine Institu- tion, die die Natio- naldemokraten als überflüssig und teuer ablehnen.



Mirko Schmidt: „Ausländer bei Heimkehr beraten“

Die NPD setzt stattdessen auf eine geordnete Rück- führungspolitik, wie sie im übrigen auch von der Union in den achtziger Jahren angestrebt, dann aber nie ver- wirklicht worden ist. Das Bundesministerium für Ar- beit und Soziales – Hausherr damals: Norbert Blüm, CDU – gab seinerzeit sogar eige- ne Broschüren heraus, in denen über Fördermöglichkei- ten und finanzielle Anreize für heimkehrwillige Auslän-

der informiert wurde. Natürlich wurde auch die Dis- kussion um den „Rückkehrbeauf- tragten“ in den Medien als „men- schenverachtend“ und Schlimmeres aufgebauscht. Völlig übertrie- ben, erklärte die Fraktion überein- stimmend. Frak- tionschef Holger Apfel dazu:

„Die NPD-Fraktion lehnt das Amt des Ausländerbeauftragten in seiner jetzi- gen Form ab. Wir werden in den nächsten Monaten eine Gesetzesinitiative in den Landtag einbringen, die das Amt des Ausländerbeauf- tragten abschaffen soll. Für einen Gesetzesantrag ist je- doch eine gewisse Vorberei- tungszeit notwendig. Die NPD-Fraktion hat daher be- schlossen, zunächst einen ei- genen Kandidaten für das

Amt des Ausländerbeauf- tragten aufzustellen. Der Ausländerbeauftragte soll nach unserer Auffassung die Ausländer durch eine ziel- gerichtete Beratung zu ei- ner baldigen Heimkehr be- wegen und ihnen dabei Hil- festellung geben.“

Auch der von der NPD benannte Kandidat, der Landtagsabgeordnete Mirko Schmidt, äußerte sich vor der Presse:

„Als Ausländerbeauf- tragter werde ich mich nicht als Vertreter der Ausländerlob- by im Landtag verstehen, sondern dafür Sorge tragen, daß die Zahl der dauerhaft im Freistaat lebenden Auslän- der gering bleibt, indem durch entsprechende Pro- gramme die in Sachsen woh- nenden Ausländer beraten und ihnen die Möglichkei- ten zu einer Heimkehr in Würde aufgezeigt werden.“



Übertretung in Sachsen? Nicht mit der NPD!



„Wir sind eine wählbare Alternative“

NPD überzeugt mit konstruktiver Sachpolitik im Umweltausschuß

Einer der programmatischen Schwerpunkte der NPD-Arbeit im Sächsischen Landtag ist die Umweltpolitik. Hier stellt die NPD mit Matthias Paul sogar den Ausschußvorsitzenden, der gleichzeitig den Arbeitskreis „Umwelt und Landwirtschaft“ leitet. Wir sprachen mit Paul über seine Arbeit:

Herr Paul, Sie sind Ausschußvorsitzender im Ausschuß für Umwelt und Landwirtschaft. Wie kommt es denn überhaupt, daß die NPD als Oppositionspartei einen Ausschußvorsitz übernehmen konnte?

Paul: Aufgrund der Stärke der NPD-Fraktion steht uns nach der Geschäftsordnung des Landtages einer von insgesamt 10 Ausschußvorsitzenden zu. Der Zugriff erfolgt seitens der Fraktionen nach ihrer Stärke im Parlament. Zunächst sichern sich die stärkeren Fraktionen von CDU und PDS die Ausschüsse, in denen sie ihre eigenen Prioritäten setzen wollen. Danach kommt die SPD und dann wir. Dabei hoffen die Etablierten zunächst, daß wir uns einen eher unwichtigen Ausschuß aussuchen würden, zum Beispiel den Ausschuß für Geschäftsordnung und Immunitätsangelegenheiten. Wir wollten aber einen Ausschuß haben, der gewichtige politische Entscheidungen trifft. Und: wir wollen uns auch nicht verstecken, sondern aktiv in die Politik eingreifen!

Warum hat sich denn die NPD-Fraktion ausgerechnet für den Ausschuß für Umwelt und Landwirtschaft entschieden?

Paul: Nun, der gesamte Komplex Umwelt und Land-

Interview mit Matthias Paul, Vorsitzender des Umweltausschusses im Sächsischen Landtag



Matthias Paul wurde 1977 in Meißen geboren, absolvierte nach dem Realschulabschluß eine Berufsausbildung als Stahlbetonbauer und ist seit 1994 Mitglied der NPD. Im Sächsischen Landtag ist er mit 28 Jahren einer der jüngsten Abgeordneten und hat den Vorsitz im Landtagsausschuß für Umwelt und Landwirtschaft inne.

wirtschaft ist ein Kernanliegen unserer Partei. Die Natur ist die allgemeine Lebensgrundlage aller Völker. Wir Menschen müssen lernen, Tiere und Pflanzen nicht einfach nur als nützliche Gegenstände zu betrachten, sondern mit ihnen im Einklang zu leben. Die Weisheiten der alten Naturvölker wie der Indianer oder der Germanen sind heute aktueller als je zuvor.

Am Aufstieg des Menschen geht die Natur zugrunde und damit letztlich der Mensch selbst. Aus dieser Erkenntnis heraus kann es gelingen, den fortschreitenden Raubbau und die damit einhergehende Zerstörung unserer Existenzgrundlage zu stoppen. Dafür wollen wir uns einsetzen.

Hinzu kommt, daß die deutsche Landwirtschaft immer mehr unter die Räder der Globalisierung und der

Brüsseler Hoheitsbestrebungen gerät. Viele Bauern sind dem Wettbewerbsdruck und den niedrigen Erzeugerpreisen nicht mehr gewachsen und müssen sich entweder hoch verschulden oder letztlich ihren Betrieb aufgeben. Dazu kommt ein enormer bürokratischer Aufwand, dem vor allem kleinere Höfe kaum noch gewachsen sind. Auch in Sachsen hinterläßt diese drastische Entwicklung seit Jahren ihre Spuren. Hinzu kommt die Tatsache, daß unser Land nicht mehr in der Lage ist, den tatsächlichen Bedarf an Grundnahrungsmitteln aus eigener Kraft zu erzeugen. So werden wir schrittweise von billiger produzierenden Ländern abhängig.

Wir wollen uns jedenfalls dafür einsetzen, daß sich die deutsche Landwirtschaft frei von Wettbewerbszwängen und Bürokratismus entwickeln kann und daß dadurch Arbeitsplätze und die Nahrungsmittelproduktion auf Dauer gesichert werden.

Was hat denn ein Ausschußvorsitzender eigentlich zu tun?

Paul: Der Vorsitzende eines Ausschusses hat die Aufgabe, Sitzungen einzuberufen und zu leiten. Im Ausschuß werden Gesetzesentwürfe und Anträge der einzelnen Fraktionen beraten und mit einer Beschlußempfehlung in das Plenum überwiesen. Aufgrund der Mehrheit der CDU/SPD-Koalition werden leider zu oft vernünftige Anträge der Oppositionsparteien einfach abgelehnt, da helfen auch die besten Fakten nicht mehr.

Die NPD-Fraktion hat jetzt im Landtag einen Antrag

zum „Naturschutzgroßprojekt Lausitzer Seenland“ gestellt. Was hat es denn damit auf sich?

Paul: Das Lausitzer Seenland entsteht aus den früheren Braunkohle Tagebauen in der Lausitz nördlich von Hoyerswerda. Es wurde als Naturschutzgroßprojekt seit Jahren geplant und droht nun unter anderem aufgrund von Unstimmigkeiten zwischen dem Sächsischen Staatsministerium und der Deutschen Umwelthilfe zu scheitern, obwohl die finanziellen Mittel bereits bewilligt waren. Wir wollen sicherstellen, daß der künftige Projektträger fachlich geeignet ist, den ökologischen Kern des Vorhabens gegenüber etwaigen sachfremden Erwägungen zu sichern. Und es soll gewährleistet werden, daß das für die regionale Entwicklung sehr bedeutende Projekt so schnell wie möglich unter Berücksichtigung eines sanften Tourismus und einer naturverträglichen Bewirtschaftung greifen kann, bevor noch weitere Jahre verstreichen und am Ende nichts passiert.

Welche weiteren Schwerpunkte wollen Sie in Ihrer Arbeit setzen?

Paul: Ich habe mir vorgenommen, verschiedene Problembereiche in unserem Land aufzugreifen und vor allem öffentlich anzuprangern. Gerade bei der Landwirtschaft liegt vieles im argen.

Noch etwas ist mir ganz wichtig: ich möchte den Menschen im Freistaat zeigen, daß wir von der NPD keine politikunfähigen Dummköpfe sind, sondern vernünftige Sachpolitik machen und deshalb eine wählbare, ehrliche und vor allem zukunftsorientierte Alternative zu den Altparteien sind.

Herzlichen Dank für das Gespräch!

„Lieber hundert bekiffte Demokraten als ein NPDler“

PDS und Grüne als Drogenparteien entlarvt

Einen ihrer ersten Punkt-siege konnte die NPD-Fraktion im drogenpolitischen Schlagabtausch mit der PDS verbuchen. Dabei entlarvte sich die SED-Nachfolgepartei in ihren Redebeiträgen, aber auch in der Öffentlichkeit selbst wiederholt als Partei einer absurden Drogen-Liberalisierung.

Vor allem die Abgeordnete Julia Bonk (T-Shirt-Aufdruck: „Schöner leben ohne Nazis!“) überraschte selbst Parteikollegen immer wieder mit ihren Ausführungen. So erklärte sie in der Plenardebatte am 11. November 2004:

„Meine Damen und Herren, es werden in der Gesellschaft Rauschmittel konsumiert – das war schon immer so, das haben wir gehört. Es sind heute zum Beispiel Zigaretten so sehr wie Kaffee, Kokain wie Alkohol, Hustensaft wie THC, Liebe und Geschwindigkeit so sehr wie Heroin und Designerdrogen. All das und noch viel mehr kann Lust bereiten (...).“

Mit diesem Bekenntnis zu einer drogengeschwängerten Spaß-Philosophie biß das Parlamentsküken Bonk bei der NPD natürlich auf Granit. Diese stellte die PDS mit ihren Drogen-Parolen nicht nur auf einer öffentlichen Diskussionsveranstaltung in der Dresdener „Schauburg“, sondern auch im Parlament, wo die Fraktion zum Thema „Drogenpolitik“ eigene eine Aktuelle Stunde beantragte. Die NPD-Sprecher machten dabei unmißverständlich klar, daß es mehr

„Toleranz“ im Umgang mit Drogen und Drogenhändlern mit den Nationalen nicht geben wird.

Sowohl Grüne als auch PDS legten in der Debatte übrigens noch nach. Die Grünen-Abgeordnete Günther-Schmidt wird im Parlamentsprotokoll mit der entlarvenden Aussage zitiert: „Mir sind einhundert bekiffte Demokraten tausendfach lieber als ein besoffener Nazi.“

Den karnevalistischen Vogel schoß freilich PDS-Fraktionschef Porsch ab: „(...) Die Landschaft ist wie vom lieben Gott gekämmt, lese ich über den Anblick von Weinbergen. Schade, daß man den Wein nicht streicheln kann, seufzt Kurt Tucholsky, und wer ein wahrer Deutscher ist, wünscht sich das Wasser des Rheines in goldenen Wein verwandelt und möchte so gerne ein Fischlein sein (...).“

Das Landtags-Stenogramm vermerkt dazu nur eine lapidare Bemerkung des Parlamentarischen Geschäftsführers der NPD, Uwe Leichsenring: „So ein Schmarren!“



Blockade gebrochen

Die NPD-Abgeordnete Gitta Schübler wurde im Januar zum Mitglied des sächsischen Landesjugendhilfeausschusses gewählt. Sie erhielt 17 Stimmen, also fünf mehr, als die NPD-Fraktion Mitglieder hat. Auch der Abgeordnete Matthias Paul kam in einem späteren Wahlgang auf zusätzliche Stimmen (Bild: Fraktionschef Holger Apfel gratuliert Gitta Schübler zu ihrem Wahlergebnis).

Damit war eine gemeinsame Erklärung der Fraktionsvorsitzenden der Altparteien vom 12. Januar schon wieder Makulatur. Dort war Abgeordneten, die bei Wahlgängen für NPD-Kandidaten stimmen, mit dem Ausschluß gedroht worden.

Das war in den wenigen Monaten seit Einzug der NPD in den Sächsischen Landtag bereits mehrmals geschehen. So hatte bereits der NPD-Kandidat für das Amt des sächsischen Ministerpräsidenten, Uwe Leichsenring,

zwei Stimmen von anderen Fraktionen erhalten. Auch Mirko Schmidt, NPD-Kandidat für das Amt des Ausländerbeauftragten, hatte zwei zusätzliche Stimmen erhalten – und damit einen weiteren Eklat bei den selbsternannten „demokratischen“ Parteien ausgelöst. Die NPD ihrerseits sieht im regelmäßigen Zuspruch von seiten der Altparteien einen Erfolg ihrer Überzeugungsarbeit bei den bürgerlichen Abgeordneten. Die Antifa-Front bröckelt!



NPD-Vorschlag zur Diäten-Neuregelung:

Gerechtigkeit statt Privilegien

Politikereinkünfte sollen an das Durchschnittseinkommen gekoppelt werden

Ein durchschnittlicher sächsischer Haushalt verfügt über ein monatliches Nettoeinkommen von ca. 1.500 Euro. Ein Abgeordneter des Sächsischen Landtages hat monatlich mindestens das Doppelte dieses Betrages netto in der Tasche – und das bei freier Zeiteinteilung und vielen zusätzlichen Zuschüssen und Privilegien, etwa der allgemeinen Kostenpauschale für die Betreuung des Wahlkreises (1.104 Euro), der Erstattung von Reise- und Übernachtungskosten, der kostenfreien Benutzung der Eisenbahn etc.

Ein Rentenversicherter aus den neuen Bundesländern kann bei durchschnittlichem Verdienst und 45 Versicherungsjahren mit einer monatlichen Bruttoaltersrente von ca. 950 Euro rechnen.

Ein Abgeordneter des Sächsischen Landtages hingegen bekommt schon nach 8 Mandatsjahren eine Altersrente von 1.028 Euro. Mit zunehmender Zahl von Mandatsjahren steigt diese rasch an. Nach 18 Jahren im Landtag erhält er 2.956 Euro monatliche Rente, und zwar nicht erst nach dem 65., sondern nach dem 60. Lebensjahr.

Sozial ausgewogen

Bei dieser üppigen Alimentierung fällt es vielen Bürgern besonders unangenehm auf, daß die Abgeordneten auch noch selbst über die Höhe ihrer Bezüge entscheiden. Dies hat im Laufe der Jahre zu einer Selbstbedienungsmentalität der Parlamentarier geführt, die im

krassen Gegensatz sowohl zur ihren Leistungen als auch zu ihren häufigen Maßhaltappellen an Arbeitnehmer und Arbeitslose steht.

Der erste Gesetzesentwurf der NPD nach dem Einzug in den Sächsischen Landtag galt deswegen der Beseitigung genau dieses Mißstandes. Anstelle der periodisch wiederkehrenden Selbstalimentierungsbeschlüsse der Abgeordneten schlägt die NPD-Fraktion ein ebenso einfaches wie gerechtes und für den Bürger transparentes Verfahren vor: Die Diäten, also die Gehälter der Abgeordneten, sollen einfach jährlich im gleichen Verhältnis steigen – oder sinken! –, wie sich das Durchschnittseinkommen der sächsischen Haushalte ändert, und zwar einschließlich der Haushalte

von Arbeitslosen und Sozialhilfeempfängern (Arbeitslosengeld II-Empfängern).

Diese Einkommensänderungen haben den Vorteil, daß sie genau bekannt sind, denn sie werden jedes Jahr vom Statistischen Landesamt ermittelt und im sogenannten Mikrozensus veröffentlicht.

So einfach wäre es, Gerechtigkeit und Transparenz herzustellen. Ob die anderen Parteien im Landtag den Vorschlag dankbar aufgegriffen haben? Natürlich nicht. Denn erstens wollen die Abgeordneten der etablierten Parteien auch weiterhin immer besser verdienen – und zweitens kommt die Idee ja von der NPD.

Ein Grund mehr, Nationaldemokraten in die Parlamente zu wählen.

Föderalismusreform:

Was haben die Altparteien mit Deutschland vor?

Zum Hintergrund einer Großen Anfrage der NPD-Fraktion

Die NPD wird inzwischen auch von ihren Kritikern als demokratiepolitischer Glücksfall betrachtet. Denn was die großen politischen Weichenstellungen in der Bundesrepublik angeht, herrscht bei den Etablierten Gleichschaltung pur: alle wollen noch mehr Globalisierung, Liberalisierung, Privatisierung. Auch in Sachen EU-Zentralismus vertreten sämtliche Altparteien einen fatalen Kurs.

Nur die NPD stemmt sich dagegen – und setzt dabei auf eine umfassende Information der Öffentlichkeit. Denn über eine der für die Zukunft der Bundesrepublik schwerwiegendsten Weichenstellungen wurde der deutsche Souverän so gut wie nicht informiert.

Es geht dabei um die Arbeit der sogenannten „Föderalismuskommission“, die sich seit mehr als einem Jahr mit einem Umbau der



Bundestagsplenium – bald nur noch Vollzugsorgan Brüssels?

Bundesrepublik beschäftigt, Vorschläge erarbeitete – und ihre Arbeit im Dezember wegen Meinungsverschiedenheiten zwischen Regierung- und Oppositionslager erst einmal einstellte.

Die Vorschläge der Kommission sind aber nicht vom Tisch. Im Mittelpunkt steht dabei die Neuordnung der Bund-Länder-Kompetenzen,

wobei künftig zentrale Befugnisse des Bundes – etwa die im Grundgesetz festgeschriebene Rahmen-Gesetzgebung – wegfallen sollen, während gleichzeitig die Länder zu Vollzugsorganen der Brüsseler EU-Bürokratie herabgestuft werden sollen.

Scheinheilig erkundigten sich im Dezember 2004 auch

die anderen Fraktionen im Sächsischen Landtag nach dem Stand der Föderalismusreform. Die NPD nutzte die Gelegenheit für einen Änderungsantrag sowie eine Große Anfrage, in der sie Auskunft über den grundsätzlichen deutschlandpolitischen Kurs der etablierten Parteien forderte.

Hintergrund des Änderungsantrages ist ein Brief des Ministerpräsidenten von Nordrhein-Westfalen, Peer Steinbrück, an die Vorsitzenden der Föderalismuskommission von Ende Januar 2004, in dem u.a. vorgeschlagen wird, daß bestimmte Regelungsbereiche der innerstaatlichen Gesetzgebung künftig der Zuständigkeit des Bundes entzogen und den Ländern übertragen werden sollen. Begründet werden diese Forderungen mit der Behauptung, daß angesichts der erreichten „Integrations-

tiefe“ der EU die Kompetenz zur Harmonisierung rechtlicher Regelungen auf EU-Ebene „abgewandert“ sei.

Zu dem in der Öffentlichkeit bisher kaum bekannten Papier erklärte NPD-Fraktionschef Holger Apfel:

„Der NRW-Ministerpräsident schlägt praktisch vor, die Bundesrepublik Deutschland abzuschießen und die Bundesländer zu Protektoren der Brüsseler Bürokratie zu machen. Diese heimliche Änderung der staatsrechtlichen Ordnung ist mit der NPD nicht zu machen.“

Die Große Anfrage der NPD befindet sich derzeit im Geschäftsjahr des Landtages. Sie wird die Experten vermutlich noch einige Zeit beschäftigen. Sowohl die NPD-Fraktion als auch die Bürger im Lande werden dann aber klarer sehen, was die etablierten Parteien mit der Bundesrepublik wirklich vorhaben.

Wozu Rechte im Landtag?

Die in Coburg erscheinende Monatszeitschrift „Nation & Europa“ schreibt in einem Kommentar zum NPD-Einzug in den Sächsischen Landtag:

„Auch wenn ein Gutteil der deutschen Politik inzwischen in Brüssel gemacht wird, lassen sich doch auf Landesebene vielfältige und publikumswirksame Akzente setzen. Selbst wo rechte Vorschläge keine Mehrheit finden (...), tragen sie zur Wiederherstellung der Meinungsvielfalt, zur Sensibilisierung der Öffentlichkeit bei, gerade dort, wo bisher verbotenes Terrain war. In der Frage einer aktiven Bevölkerungspolitik etwa. Der nationalen Souveränität. Nicht zu vergessen das Ausländerthema mit seinen unzähligen Facetten. (...)“

Aufklärung tut not, möglichst laut und möglichst plakativ; darüber, daß ‚deutsche‘ Regierungen bis hin-

aus auf Bundesebene längst eine Vielzahl ihrer Kompetenzen an die EU-Gesetzgebung abgetreten haben. Niemand hat den deutschen Souverän dazu je um seine Zustimmung befragt. Aber selbst nackte Information gibt es nur häppchenweise und sozusagen in demokratisch verträglichen Dosen. Ob Euro-Einführung, Maastriht-Vertrag oder Türkei-Beitritt – stets wurde vertuscht, gelogen, verharmlost, und das bis auf den heutigen Tag.

Ein deutsches Landesparlament ist zwar die falsche Instanz, um europäische Fehlentscheidungen zu korrigieren. Um sie aber zu entlarven – und die Mittäterschaft der heimischen Parteienkaste gleich mit –, dazu taugt es. Ein weites Betätigungsfeld für eine nationale Kraft.“

(Aus: Nation & Europa, Nr. 11-12/2004)

Entlarvende Kungelei in Pirna

Linke Gewaltexzesse – Bürgerliche verhindern Aufklärung

Wie weit die Kungelei der Altparteien geht, zeigten die Ereignisse im Zusammenhang mit linksextremistischen Ausschreitungen, die Ende November in Pirna und anderen sächsischen Städten mit Randalen, Verletzungen und zahlreichen Sachschäden verbunden waren.

Auslöser war eine Demonstration unverbesserlicher „Antifaschisten“ gegen ein der rechten Szene zugeordnetes Geschäft in Pirna. Sowohl dort als auch in Dresden und Leipzig kam es am Tag der Demonstration zu regelrechten Gewaltexzessen. Drahtzieher und Hintermänner saßen auch diesmal im Sächsischen Landtag – bei der PDS.

In Pirna wurde eine Frau von Chaoten zusammengeschlagen, eine ca. 18jährige Hochschwanger wurde auf dem Bahnhof Heidenau-Großsedlitz mit Fußtritt und einer Eisenstange traktiert. Als sich der Mob wegen der anrückenden Polizei nicht mehr in Pirna austoben

konnte, zogen die Verummten weiter nach Dresden und Leipzig, wo in den Innenstädten zahlreiche Schaufensterscheiben zu Bruch gingen und Autos demoliert wurden.

Die NPD forderte im Sächsischen Landtag unverzüglich Aufklärung über die Vorfälle – es war immerhin bereits die zweite mit Gewaltexzessen verbundene Demonstration von Linksextremen in Pirna



Randalen – meist von links

innerhalb eines halben Jahres. Der Parlamentarische Geschäftsführer der Fraktion, Uwe Leichsenring, MdL, erklärte: „Die NPD wird sich zu Bruch gehen mit aller Kraft für ein friedliches Miteinander einsetzen. Gewalt darf kein Mittel der politischen Auseinandersetzung sein.“

Das ist inzwischen offenbar nicht einmal mehr bei den angeblichen „bürgerlichen“ Parteien Konsens. Als die NPD die Einsetzung eines Untersuchungsausschusses forderte, der Hintergründe und Drahtzieher der Krawalle ermitteln sollte, stellten sich CDU und SPD quer. Will sagen: auch die Bürgerlichen machen im Zweifelsfall lieber mit gewaltbereiten Autonomen gemeinsame Sache. Wer es bisher noch nicht wußte, dem zeigen Fälle wie diese, daß die NPD inzwischen die einzige Partei ist, bei der Recht, Ordnung und die Wahrung demokratischer Grundsätze noch hochgehalten werden.

„Kein Grund zur Sorge, Herr Sharon!“

NPD weist Belehrung aus Tel Aviv zurück

Nicht nur in Deutschland beschäftigt die NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag die Gemüter. Als Bundespräsident Horst Köhler jüngst Israel einen Staatsbesuch abstattete, sah sich die Knesset, das israelische Parlament, bemüht, dem obersten Repräsentanten der Bundesrepublik den dringlichen Rat mit auf den Weg zu geben, die NPD zu verbieten (man stelle sich den umgekehrten Fall vor, deutsche Abgeordnete würden etwa ein Verbot des Likud fordern!).

Fraktionschef Holger Apfel bezeichnete die Forderung der israelischen Politiker, denen sich Ministerpräsident Sharon ausdrücklich anschloß, denn auch als „un-

angebrachte Einmischung in die Angelegenheiten eines souveränen Landes“. Es sei „geradezu obszön“, wenn sich die Bundesrepublik Belehrungen aus einem Land anhören müsse, das seine Bürger mit „meterhohen Betonzäunen“ einsperre.

„Keine Einmischung!“

Apfel: „Wir sind keine Palästinenser, die man politisch bevormunden kann. Die Knesset soll sich um die Menschenrechte im eigenen Land kümmern und nicht in innerdeutsche Belange einmischen.“

Apfel betonte auch, daß die NPD natürlich „keinerlei antisemitisches Gedanken-

gut“ pflege: „Sharon muß sich da keine Sorgen machen.“ Die NPD bekenne sich vielmehr zum Lebensrecht eines jeden Volkes und zur Wahrung seiner nationalen Identität. „Im Gegensatz zu Herrn Sharon kennen wir aber das Grundgesetz für die Bundesrepublik Deutschland.“

Die NPD sieht die Verbotsforderung aus Israel deshalb auch ziemlich gelassen. Fraktionschef Apfel jedenfalls vertraut „auf das gesunde Urteilsvermögen der deutschen Verfassungsorgane, an dem bereits der letzte Verbotsversuch gescheitert ist. Dienstabweisungen aus Tel Aviv“ seien der falsche Weg, Einfluß auf die deutsche Politik nehmen zu wollen.

Unfreiwilliges Medienlob

Etablierte räumen effiziente Arbeit der NPD ein

Vom ersten Tag ihrer parlamentarischen Präsenz im Sächsischen Landtag an sieht sich die NPD-Fraktion zwar mit Ausgrenzungsversuchen durch die etablierten Fraktionen konfrontiert, gleichzeitig aber auch mit viel unfreiwilligem Lob.

Am bekanntesten ist mittlerweile der Anspruch des SPD-Abgeordneten und Alterspräsidenten des Landtages, Cornelius Weiss, der im Dezember mit den Worten zitiert wurde, die NPD sei „auf keihafte Weise intelligent“. Mit dieser Einschätzung steht der greise SPD-Mann nicht allein. Auch Ministerpräsident Georg Milbradt wurde vor Weihnachten mit der Einschätzung zitiert, die NPD sei die „gefährlichste Partei auf der Rechten, besser organisiert und aggressiver als alle anderen“.

Der erste Schock über die Arbeit der Nationaldemokraten kam früh. Bereits im November 2004 berichtete die in Chemnitz erscheinende „Freie Presse“:

„Schadenfroh kassierten die Rechtsradikalen zwei zusätzliche Stimmen bei Georg Milbrads verpatzter Wiederwahl, triumphierend registrierten sie die Verblüffung, die ihre extrem schnelle Einarbeitung in den Landtag auslöste. Wie gelähmt reagiert die machtwortwählende CDU die kapitale Fehleinschätzung. Wir müssen höllisch aufpassen“, macht Fraktionschef Fritz Hähle den Ernst der Herausforderung deutlich.“

An diesem Urteil hat sich in den letzten Monaten nichts geändert. Die Linkszeitung „jungle world“ berichtete am 5.2.2005 über ein Gespräch mit dem kulturpolitischen Sprecher der PDS-Fraktion, Volker Külüow, der über die NPD zu Protokoll gab: „Man kann ihr eine gewisse Geschicklichkeit, ja sogar eine intelligente Kaltblütigkeit nicht absprechen.“ Külüow warnt laut „jungle world“ „vor jeder Überheblichkeit, mit der die NPD immer noch betrachtet wird.“ „Die NPD-Fraktion wirkt geschlossen und diszipliniert“, sagte er den Journalisten.

Ähnliches Lob konnte sich auch die „Welt“ (5.2.05) nicht verkneifen:

„Offenkundig ist (...), daß mit der NPD erstmals seit den sechziger Jahren von rechts her eine echte Herausforderung für die etablierten politischen Kräfte heranwächst. (...) Seither hat die NPD in Dresden ein Personal versammelt, dessen operative und strategische Intelligenz erfüllt. Die Lage ist also ernst.“



Impressum

Herausgeber: NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930
V.i.S.d.P.: Holger Apfel
Druck: Eigendruck

INFO-GUTSCHEIN

Vorname

Name

Straße/Haus-Nr.

PLZ/Ort

Telefon

ePost

Alter

Bitte senden Sie mir ein Infopaket zu.

Ich möchte regelmäßig über die Arbeit der NPD-Fraktion informiert werden.

NPD-Fraktion im Sächsischen Landtag

Bernhard-von-Lindenu-Platz 1 01067 Dresden
Telefon (0351) 49 34 900, Telefax (0351) 49 34 930